

## Kommerz ohne Grenzen?

In der Woche vor Ostern haben sich viele Christinnen und Christen zu recht dagegen gewehrt, dass das, was ihnen heilig ist, lächerlich gemacht wird. In mehreren Fernsehzeitschriften war eine Anzeige veröffentlicht worden, die einen vom Kreuz herabgestiegenen Christus zeigt, der mit der Dornenkrone auf dem Kopf und gezeichnet durch die Wundmale auf einem Fernsehsessel sitzt und amüsiert in einen Fernseher schaut. Die geschmacklose Bildüberschrift, gleich über dem leeren Kreuz platziert, lautet: "Lachen ist besser als rumhängen."

Auch wenn die Anzeige kurze Zeit später "zurückgezogen" wurde und wenn zu hoffen ist, dass die vom Deutschen Werterat ausgesprochene Rüge Wirkung zeigt, bleibt die Platzierung einer solchen Anzeige ausgerechnet in der Karwoche ein Skandal. An jedem Sonn- und Feiertag, so auch am Karfreitag, gehen in Deutschland rund 6 Millionen Christinnen und Christen in die Kirchen. Das, was diesen Menschen heilig ist, darf nicht unwidersprochen verspottet werden.

Die Anzeige und die Fernsehserie "Popetown", für die sie wirbt, erfordern unseren entschiedenen Protest. Es ist wohl wahr, dass man auf manch Abseitiges und Verletzendes besser gelassen und großmütig reagiert. Auf der anderen Seite gebietet es die Selbstachtung, von Zeit zu Zeit auch auf das hinzuweisen, worum es den Spöttern eigentlich geht: Kasse zu machen auf Kosten der Christen.

Stefan Vesper

12. Jg. Nr. 2 27. April 2006

## Inhalt

### Liebe und Gerechtigkeit

Der Katholikentag und die erste Enzyklika Benedikts XVI.

Reinhard Marx 2

### Aktuell, prominent, vielfältig

Ein Überblick über das Programm des Katholikentages in Saarbrücken

Thomas Großmann 4

### Berufliche Perspektiven eröffnen!

Der Weg zu mehr Beteiligungsgerechtigkeit für benachteiligte Jugendliche

Rolf Schumacher 6

### Jobfux - auf der richtigen Fährte

Ein Projekt der Stadt Mainz

Michael Elbling 7

### Anschnallen und Abheben!

#### Ehe – ein Zukunftsmodell

Ein Symposium der Deutschen Bischofskonferenz und des ZdK

Vera Wassermann 8

### Religiöse Überzeugungen und

#### Pressefreiheit achten

Zu einer Diskussion im Hauptausschuss des ZdK

Detlef Stäps 10

### Startschuss zum 2. Ökumenischen Kirchentag

Einladung der Ortskirchen

12

## Liebe und Gerechtigkeit

### Der Katholikentag und die erste Enzyklika Benedikts XVI.

*"Er hat uns geschenkt, dass wir, aus Feindeshand befreit, ihm furchtlos dienen in Heiligkeit und Gerechtigkeit vor seinem Angesicht all unsre Tage." (Lk 1,74f.) – so betet die Kirche täglich im Benediktus des Morgenlobes. Diesem prophetischen Lobgesang des Zacharias nach der Geburt Johannes des Täufers, der gleichermaßen ein Lobgesang Gottes und Aufruf an die Menschen ist, ist das Leitwort des diesjährigen Katholikentags entnommen. Lange vor dem Erscheinen der ersten Enzyklika Benedikts XVI. wurde es gewählt. Dass und wie der Papst die Begriffe Liebe und Gerechtigkeit in den Mittelpunkt seiner ersten Botschaft stellt, bestätigt die Aktualität der Katholikentagsthematik für Kirche und Welt.*

Gott hat die Menschen mit Heiligkeit und Gerechtigkeit beschenkt. Heiligkeit und Gerechtigkeit sind Gaben Gottes und Aufgaben des Menschen. Zacharias steht mit seinem Gesang ganz in der prophetischen Tradition Israels, die gegen Klassendenken und monarchisches Prinzip polemisiert und Recht und Gerechtigkeit für alle, besonders für die Armen fordert. Alle gehören zu einem Volk, in dem vor Gott alle gleich sind. Schon die Schöpfungserzählung in der Genesis ist ein revolutionärer Text, weil sie klar stellt, dass alle Menschen, Männer und Frauen aller Völker, Bild und Gleichnis Gottes sind. Der Auftrag dauert bis heute an, aus diesem Programm der gottgeschenkten Gleichheit und Würde aller Menschen zu allen Zeiten, Konsequenzen zu ziehen.

#### **Untrennbar verbunden**

Ein zweites lässt sich am Lobgesang des Zacharias ablesen: Zacharias findet sein Glück darin, Gott nahe zu sein – ebenso wie der Beter in Psalm 73 (cf. Ps 73,28). Gott schafft den Menschen und wählt Israel als sein geliebtes Volk; er erweist sich als ein Gott, der mit aller Leidenschaft liebt. Die von diesem Glauben geprägte Kontinuität vom Alten Testament zum Neuen Testament ist ganz entscheidend, denn in Jesus Christus wird die Liebe Gottes Mensch, nimmt Fleisch und Blut an (cf.

DCE 12). In dieser unüberbietbaren Liebe Gottes fallen Eros und Agape ineins, die aufsteigende und die sich hingebende Liebe Gottes. Diese "Doppelbewegung der Liebe" hat Papst Benedikt XVI. in seiner Enzyklika "Deus caritas est" (DCE) in ihrer Tiefe entfaltet und als eigentlichen Inhalt und Beweggrund christlichen Glaubens und Handelns ausgemacht. Im Mittelpunkt seines Rundschreibens steht die Einladung, "die Liebe zu verwirklichen und damit das Licht Gottes in die Welt einzulassen" (DCE 39). Das Gebot der Gottes- und Nächstenliebe ist, ausgehend von der Schöpfung und vom Anbruch der Gottesherrschaft in Jesus, nicht voneinander zu trennen. Die Nächstenliebe hat ihren Ursprung in der geschenkten Gottesliebe, und zwar in zweifacher Hinsicht. Sowohl in der Liebe Gottes zu den Menschen als auch in der Liebe der Menschen zu Gott. "Nur meine Bereitschaft, auf den Nächsten zuzugehen, ihm Liebe zu erweisen, macht mich auch fühsam Gott gegenüber." (DCE 18)

#### **Sorge um Leib und Seele**

Der Auftrag zum tätigen Liebesdienst richtet sich gleichermaßen an die gesamte kirchliche Gemeinschaft wie an jeden einzelnen Gläubigen. Die Kirche vollzieht ihr Wesen, wenn sie an der Gemeinschaft festhält (koinonia), das Wort Gottes verkündigt (kerygma-martyria), die Sakramente feiert (leiturgia) und Caritas übt (diakonia) (cf. DCE 20.25). Der Liebesdienst kann und darf nicht auf die institutionalisierte Caritas begrenzt werden, sondern prägt entscheidend das gesamte Leben der Kirche. Am Leben und der Verkündigung Jesu lässt sich ablesen, dass Gott sich um den Menschen in seiner Ganzheit sorgt, ihn mit Leib und Seele annimmt. Zusammengefasst wird dies auch in der Brotbitte im Vater Unser: "Unser tägliches Brot gibt uns heute". Diese Bitte umschließt den existentiellen, materiellen Hunger und den spirituellen, eschatologischen Hunger des Menschen. "Der Mensch lebt nicht von Brot allein" – aber eben auch von Brot und Wasser, von Bildung, Arbeit und Lohn.

Liebe und Gerechtigkeit können sich im christlichen Glauben nicht ausschließen. Der Liebesdienst der Kirche ist nicht einfach ein Trostpflaster, das die Wunden der Ungerechtigkeiten der Welt verdeckt. Benedikt XVI. weist nachdrücklich darauf

hin, dass Liebe und Gerechtigkeit nicht gegeneinander aufgerechnet werden können, aber nicht einfach identisch sind. "Liebe – Caritas – wird immer nötig sein, auch in der gerechtesten Gesellschaft. Es gibt keine gerechte Staatsordnung, die den Dienst der Liebe überflüssig machen könnte. Wer die Liebe abschaffen will, ist dabei, den Menschen als Menschen abzuschaffen." (DCE 27)

### **Gerechte Gesellschaftsordnung**

In den drängenden sozialen Fragen unserer Gegenwart, sowohl in unserem Land, als auch in Europa und weltweit, steht die Kirche und jeder einzelne Gläubige in dem Auftrag, die Liebe zu verwirklichen und an einer gerechten Gesellschaftsordnung mitzuwirken. Die Kirche hat allerdings nicht die direkte politische Aufgabe, eine gerechte Gesellschafts- und Staatsordnung aufzubauen. Aber sie "will der Gewissensbildung in der Politik dienen und helfen, dass die Hellsichtigkeit für die wahren Ansprüche der Gerechtigkeit wächst und zugleich auch die Bereitschaft, von ihnen her zu handeln, selbst wenn das verbreiteten Interessenlagen widerspricht." (DCE 27) Diesem Auftrag fühlt sich insbesondere die Katholische Soziallehre verpflichtet; ausdrücklich seit ihren Anfängen in der Enzyklika *Rerum novarum* von Papst Leo XIII. (1891), über die großen Sozial-Enzykliken Johannes Paul II. bis hin zur Vorlage des Kompendium der Soziallehre der Kirche (2004).

Diesem Auftrag stellt sich auch der 96. Deutsche Katholikentag in Saarbrücken. In den vier Themenbereichen geht es um eine Annäherung an und Konkretisierung des schwierigen Begriffs Gerechtigkeit: Wir werden uns in vielen Einzelveranstaltungen beschäftigen mit den Themen: Gerechtigkeit – Schlüsselbegriff biblischer Theologie, Gerechtigkeit – Prüfstein für ein Land im Umbruch, Gerechtigkeit – Maßstab für ein neues Europa, Gerechtigkeit – Hoffnung der Menschen weltweit. Damit es uns gelingt, glaubwürdig und handlungsleitend für Gerechtigkeit einzutreten, müssen wir in den Dialog mit allen eintreten, die Gesellschaft gestalten und verantworten. Dazu gehört auch, mit wachen Sinnen den Fragen, Sorgen und Nöten der Menschen zu begegnen, ihnen gerecht zu werden. Einsatz für Gerechtigkeit verlangt auch die Anstrengung, genau hinzusehen

und sich dem Einzelnen ebenso verpflichtet zu fühlen wie dem Gemeinwesen.

### **Das Saarland: Prüfstein im Herzen Europas**

Zwei Aspekte möchte ich hier herausgreifen: Der Katholikentag findet in diesem Jahr in einer Region statt, in der die Frage nach sozialer Gerechtigkeit einen unmittelbaren Bezug hat. Das Saarland ist einerseits eine aufstrebende Wirtschaftsregion und zugleich nachhaltig geprägt vom Strukturwandel in der Kohle- und Stahlindustrie. Das Erleben von Ungerechtigkeit und die Forderung nach Gerechtigkeit hat vor Ort hohe Brisanz und wird so zu einem "Prüfstein für ein Land im Umbruch". Die Region um die Stadt Saarbrücken steht hier stellvertretend für Fragen, die Deutschland insgesamt betreffen. Zudem hat das Saarland durch seine Geschichte und Geographie eine besondere Nähe zur Frage nach Gerechtigkeit in Europa: Wie wird es gelingen, die Frage nach der Gerechtigkeit in Europa zukunftssichernd zu beantworten? Wir haben die Möglichkeit, darüber in Saarbrücken nicht nur aus deutscher, sondern aus europäischer Perspektive zu sprechen.

### **Auftrag der Laien**

Der Katholikentag erfüllt noch einen weiteren wichtigen Auftrag des kirchlichen Liebedienstes, auf den Benedikt XVI. in seiner Enzyklika hinweist: "Die unmittelbare Aufgabe, für eine gerechte Ordnung in der Welt zu wirken, kommt ... eigens den gläubigen Laien zu. Als Staatsbürger sind sie berufen, persönlich am öffentlichen Leben teilzunehmen. [...] Aufgabe der gläubigen Laien ist es ..., das gesellschaftliche Leben in rechter Weise zu gestalten, indem sie dessen legitime Eigenständigkeit respektieren und mit den anderen Bürgern gemäß ihren jeweiligen Kompetenzen und in eigener Verantwortung zusammenarbeiten." (DCE 29) Der besondere Auftrag besteht in der aus dem Glauben resultierenden und in der praktischen Vernunft begründeten Auseinandersetzung um Gerechtigkeit und ihre Verwirklichung. "An dieser Stelle berühren sich Politik und Glaube." (DCE 28)

*Dr. Reinhard Marx, Bischof der Diözese Trier, die Gastgeber des Saarbrücker Katholikentags ist*

## Aktuell, prominent, vielfältig

### Ein Überblick

*Die Bergwerksdirektion ist immer noch ein markanter Ort im Stadtbild von Saarbrücken. Gerade wurde das im 19. Jahrhundert nach Plänen des bedeutenden Architekten Schinkel errichtete Verwaltungsgebäude aufwändig restauriert. Wer sich nicht auskennt, könnte meinen, man rechne dort für mindestens weitere 100 Jahre mit einer florierenden Montanwirtschaft. Doch ist gerade das Schicksal dieses ehrwürdigen Gebäudes symptomatisch für den dramatischen Niedergang dieses Wirtschaftssektors. Hinter der frisch getünchten Fassade soll demnächst ein Einkaufszentrum entstehen. Wenige Kilometer Saar abwärts ein noch imposanteres Denkmal für solchen Wandel: Die Völklinger Hütte zählt heute zum Weltkulturerbe. Die Arbeitsstätten von einst 17.000 Menschen konnten erhalten werden - die Arbeitsplätze nicht. Im Saarland setzt man inzwischen erfolgreich auf Hightech.*

Was in der Sprache von Politik und Verwaltung Strukturwandel genannt wird, davon sind immer zuerst Menschen betroffen – im Saarland und anderswo. Mit der Wahl der Stadt Saarbrücken als Veranstaltungsort des Katholikentags stand fest: Die soziale Frage sollte dieses Mal im Mittelpunkt des Programms stehen, und das hieß: Es geht um Gerechtigkeit. Doch sah man auch die Gefahren, die mit diesem Anspruch einhergehen: die Gefahr der Verkürzung der Debatten allein auf ihre gesellschafts- und sozialpolitische Dimension einerseits und die Gefahr der Selbstgerechtigkeit andererseits. Das Leitwort des Katholikentags heißt: "Gerechtigkeit vor Gottes Angesicht". Es verbindet eine ethische Forderung mit einer Aussage, die mehr ist als eine vordergründig bekenntnishaft Ortsbestimmung. Gemeint ist die Suche des gläubigen Menschen nach einem Leben und Handeln, das Gottes Gerechtigkeit widerspiegelt.

### Themenbereiche

Vier Themenbereiche stehen im Zentrum des Saarbrücker Programms: Gerechtigkeit – Schlüsselbegriff biblischer Theologie; Gerechtigkeit – Prüfstein für ein Land im Umbruch; Gerechtigkeit

– Maßstab für das neue Europa; Gerechtigkeit – Hoffnung der Menschen weltweit (siehe die letzten vier Ausgaben der Salzkörner). Ausgehend von den theologischen Begründungszusammenhängen entfaltet sich das Programm in konzentrischen Kreisen: von den sozialen Umbrüchen und Umbaumaßnahmen in unserem Land über die Herausforderungen bei der Gestaltung des europäischen Gemeinwesens bis zur globalen Verantwortung einer weltweiten Gemeinschaft und einer weltweiten Kirche.

### Begegnung

Vielseitig ist die Liste der Themen und Veranstaltungstitel, bemerkenswert die Reihe von Vertretern aus Politik, Gesellschaft und Kirche, die das Programm mitgestalten werden. Mehr als 250 Verbände, Laienräte, Orden und Geistliche Gemeinschaften, kirchliche Hilfswerke und karitative Einrichtungen - oft mit ihren Partnerorganisationen aus der Ökumene - ließen sich für eine Mitgestaltung des Programms gewinnen; nicht weniger als 70 Bischöfe, Erzbischöfe und Kardinäle aus dem In- und Ausland werden als Vortragsredner, Diskutanten oder Zelebrenten in Saarbrücken dabei sein.

### Europa

Die Arbeitstage Donnerstag, Freitag und Samstag beginnen mit der Einladung zu gemeinsamen Glaubensfeiern in unterschiedlichen Formen. Zwei große Gottesdienste unter freiem Himmel eröffnen das Tagesprogramm am Fest Christ Himmelfahrt. Am frühen Nachmittag dann eine erste herausragende Wortveranstaltung: Gemeinsam mit Studierenden aus Frankreich, Luxemburg, Tschechien, Polen und Deutschland diskutiert Bundeskanzlerin Merkel über das Thema "Mehr als Euro und offene Grenzen. Die Europäische Union als Friedensprojekt". Der Saarbrücker Katholikentag wird ein europäischer Katholikentag sein. Die unmittelbare Grenznähe der Stadt, aber auch die guten Beziehungen auf kommunaler und Landesebene ebenso wie eine gewachsene Zusammenarbeit des Bistums Trier mit den Nachbardiözesen wird das Katholikentreffen prägen. Intensiv war schon in der Vorbereitungszeit die Zusammenarbeit mit französischen, luxemburgischen und belgischen Katholiken, was in einer großen Zahl von Veranstaltungen seinen Niederschlag gefunden hat. Etliche davon werden ins Französische übersetzt werden.

**Kultur international**

Europäisch ist auch die Besetzung eines kulturellen Highlights in der Halle des E-Werks, einem alten Industriebau: Für die Aufführung von Benjamin Brittens "War Requiem", komponiert in Erinnerung an das Grauen des Zweiten Weltkrieges und als Mahnung für Frieden, Toleranz und Menschlichkeit, konnten Solisten aus England und Deutschland gewonnen werden. Die Chöre und Orchester kommen aus Luxemburg, Saarbrücken und Freiburg.

**Biblische Impulse**

Am Freitag- und am Samstagmorgen dann Biblische Impulse über ausgewählte Textstellen aus dem Alten und Neuen Testament zur Gerechtigkeitsthematik. Menschen mit sehr verschiedenem biografischen, beruflichen und religiösen Hintergrund sprechen über ihr Verständnis und ihren Zugang zu biblischen Texten. Darunter sind Michel Camdessus, Präsident der Semaines sociales de France, die Solwodi-Aktivistin Lea Ackermann, Maria Draaijers, Präsidenten des Europäischen Laienforums, Bundestagsvizepräsidentin Kathrin Göring-Eckert, Rabbiner Henry G. Brandt, der Präsident des Deutschen Evangelischen Kirchentages, Reinhard Höppner, und Renate Höppner, Andrea Riccardi, Gründer der Gemeinschaft Sant'Egidio oder die Fernsehjournalistin Maria von Welser.

**Entwicklung und Frieden**

"Global Governance – Rezept gegen Armut?" Dieser Frage werden sich am Freitagnachmittag drei prominente Gäste des Katholikentags stellen, nämlich Bundespräsident Horst Köhler, Pascal Lamy, der Generaldirektor der WTO, und der ehemalige Vorsitzende der Lateinamerikanischen Bischofskonferenz, Kardinal Rodriguez Maradiaga. Abends dann eine ganz andere Facette des Katholikentags: die "Nacht der Lichte", das traditionelle Singen und Beten mit den Brüdern aus Taizé.

**Prominenz**

Wer nur am Samstag nach Saarbrücken kommen kann, wird manches verpasst aber immer noch die Qual der Wahl haben: Vormittags spricht der luxemburgische Ministerpräsident Jean Claude Juncker in einem Hauptvortrag zum Thema "Weltmacht oder Wertemacht Europa?". Anschließend könnte man sich dann dem großen

Ökumenischen Pilgerweg anschließen. Unter dem Leitgedanken "Grenzen überschreiten – Versöhnung stiften" führt er von früheren Schlachtfeldern im - einst feindlichen - Frankreich über ein ehemaliges Gestapolager zur Versöhnungsfeier im Deutsch-Französischen Garten in Saarbrücken. Wen sich danach in das nahe Messegelände begibt, kommt noch pünktlich zum Hauptpodium "Gerechtigkeit für Modernisierungsverlierer?" mit Bundesminister Franz Müntefering, dem Ratsvorsitzenden der EKD, Bischof Wolfgang Huber, Gesamtmetall-Präsident Martin Kannegeßer, DGB-Chef Michael Sommer sowie den Vertreterinnen von BKU und KAB, Marie-Luise Dött und Birgit Zenker. Am späten Nachmittag schließlich mündet das Programm des Katholikentags in die Hauptveranstaltung. Dort wird der amtierende EU-Ratspräsident, Österreichs Bundeskanzler Wolfgang Schüssel, zum Thema "Europa –einig und gerecht?" sprechen.

**Große und kleine Formate**

Mehr als 1000 Einzelveranstaltungen weist das Programmbuch des Saarbrücker Katholikentags aus, beginnend mit der Eröffnung am Abend des 24. Mai und einem Grußwort von Papst Benedikt XVI. bis zum feierlichen Schlussgottesdienst am Sonntagvormittag im Ludwigsparkstadion unter der Leitung des Vorsitzenden der Deutschen Bischofskonferenz, Kardinal Lehmann. Viele Programmangebote zielen nicht auf die große Teilnehmerzahl. Auch brauchen sie keine bekannten Namen und sind doch unverzichtbar: Glaubensgespräche, Meditation und Anbetung im Geistlichen Zentrum, die Möglichkeit zum Erfahrungsaustausch, z.B. für Menschen mit pflegebedürftigen Angehörigen, im Zentrum der Generationen, ökumenische Begegnungen und der Dialog und das gemeinsame Gebet der Religionen, Werkstattgespräche im Zentrum Frauen und Männer etwa zum Thema "Frauen dienen, Männer herrschen?" oder über die Frage "Leben mit Hartz IV – ein Märchen!?". Ein vielgestaltiges Programm für junge Menschen, Literaturcafés, offenes Singen, Kabarett, Film-Gespräche, Kunstausstellungen, Konzerte und zahlreiche Angebote unter freiem Himmel – all das ist Katholikentag.

*Dr. Thomas Großmann, Leiter der Arbeitsgruppe Katholikentage und Großveranstaltungen im Generalsekretariat des ZdK*

### **Berufliche Perspektiven eröffnen!**

#### **Der Weg zu mehr Beteiligungsgerechtigkeit für benachteiligte Jugendliche**

*Vorgänge wie in den Banlieu von Paris oder an der Rütli-Schule in Berlin-Neukölln haben die Situation benachteiligter und lernbeeinträchtigter Jugendlicher in den Fokus der öffentlichen Diskussion gerückt. Das ist gut so! Es ist ein Skandal, dass diese Jugendlichen heute faktisch keine Chance auf eine gerechte Beteiligung an Ausbildung und Beruf haben.*

Oft decken konkrete Erfahrungsberichte die tatsächlichen Fragen auf. Die Klassenlehrerin einer 10. Klasse an einer Schule für Lernbehinderte in einer typischen deutschen Industriestadt mit ca. 300.000 Einwohnern erzählt, dass von ihren Schülern faktisch keiner eine Chance hat, je einen Ausbildungsplatz zu erhalten, unabhängig davon, mit welchem Resultat der Schulabschluss erfolgt. Sie stehen – was ihre Perspektive in Sachen Ausbildung und Beruf angeht – vor einem schwarzen Loch. Ein weiteres Problem kommt hinzu: Einige der Kinder kommen offensichtlich aus Familien mit regelrechten Sozialstaatskarrieren. Sie verweigern die Schule und werden darin von ihren Eltern unterstützt nach dem Motto "irgendwie werden wir schon durchkommen, der Staat lässt uns nicht fallen".

#### **Begleitung und Beschäftigungsanreize**

Ursachen für diese doppelte Problemlage gibt es viele. Tatsächlich sind Arbeitsplätze für Menschen ohne Ausbildung in rasantem Ausmaße weggefallen, vor allem im sozialversicherungspflichtigen Bereich. Sodann wurde zugelassen, dass sich regelrecht geschlossene Milieus in unteren sozialen Schichten gebildet haben. Dass dabei Migrationshintergründe eine Rolle spielen, verschärft die Lage, stellt aber nicht das eigentliche Problem dar.

Was kann und was muss in dieser Situation geschehen? Zunächst einmal muss sie so wahrgenommen werden, wie sie sich tatsächlich darstellt. Dann wird zum Vorschein kommen, dass es eine Vielzahl von erfolgreichen Bemühungen im Rahmen der Jugendsozialarbeit und der Jugendberufshilfe gibt, die mehr nachhaltige Unterstützung brauchen. Entscheidend ist oft die kom-

petente Begleitung von jungen Menschen, damit sie – sofern sie eine Chance erhalten – diese auch tatsächlich nutzen können. Hinzukommen müssen Ausbildungs- und Berufsbilder für eher praktisch begabte Menschen. Und es müssen alle Anstrengungen unternommen werden, sozialversicherungspflichtige Arbeitsplätze für gering Qualifizierte anzubieten. Eine Kombination zweier Maßnahmen ist hierzu erforderlich. Es bedarf einer Kostenentlastung für Unternehmen, die gering Qualifizierte einstellen, und es müssen höhere positive Anreize gegeben werden, damit insbesondere junge Menschen eine Arbeit im Niedriglohnssektor auch tatsächlich annehmen. Die jetzt gültigen Mini- und Ein-Euro-Job-Regelungen stehen in der Gefahr, das Problem für gering Qualifizierte eher zu verschärfen.

#### **Herausforderung für Kirchen**

Zur Bewältigung der Aufgabe sind nicht nur Unternehmer herausgefordert, sondern die Gesellschaft insgesamt. Deshalb ist es gut, wenn in den Kirchen das Bewusstsein für die jetzt notwendige Selbstverpflichtung wächst. Der Deutsche Caritasverband hat eine breit angelegte "Befähigungsinitiative" für Benachteiligte in Gang gesetzt. Verschiedene Initiativen aus den Jugendverbänden und Räten greifen das Problem auf. So sind Patenschaften entstanden: Seniorpaten nehmen Jugendliche an die Hand, helfen ihnen bei Bewerbungen und begleiten sie in der Ausbildungszeit. Es zeigt sich, dass mit recht bescheidenen Mitteln durchaus Erfolge erzielt werden können. Solche und weitere Bemühungen im professionellen Bereich diakonalen Handelns dürfen nicht durch Kürzungen in den kirchlichen Haushalten konterkariert werden.

Beteiligen, das Hineinbringen in reguläre Ausbildungen und in sozialversicherungspflichtige Arbeitsplätze sind also das Gebot der Stunde. Warteschleifen und Parksituationen helfen nicht weiter, weil sie nicht zu einer Annäherung der Jugendlichen an Betriebe und die tatsächliche Arbeitswelt führen.

*Dr. Rolf Schumacher, Leiter der Arbeitsgruppe Kirche und Gesellschaft im Generalsekretariat des ZdK*

*Hinweis:*

*Unter dem Titel "Benachteiligte Jugendliche gerecht beteiligen! Antwort auf eine neue soziale Frage" liegt der Vollversammlung des ZdK am Vorabend des Saarbrücker Katholikentags ein Entwurf zur Beschlussfassung vor.*

### **Jobfux - auf der richtigen Fährte**

#### **Ein Projekt der Stadt Mainz**

**Die schwierige Situation auf dem Arbeits- und Ausbildungsmarkt macht auch vor den Toren der Stadt Mainz nicht halt. Trotz der günstigen Lage im prosperierenden Wirtschaftsraum Rhein-Main verbunden mit einer vergleichsweise niedrigen Arbeitslosenquote von 8,3% (März 2006), sehen sich die Akteure lokaler Arbeitsmarkt- und Beschäftigungspolitik mit dem Problem konfrontiert, Jugendliche in berufliche Ausbildung und in Arbeit zu vermitteln. Von dieser Problematik sind Jugendliche ohne einen Schulabschluss sowie Schüler mit einem Hauptschulabschluss besonders betroffen.**

Vor diesem Hintergrund wurde im Jahr 1996 in Mainz das Netzwerk Forum Pro Ausbildung gegründet. Hierin sind allgemeinbildende und berufsbildende Schulen, Einrichtungen der Jugendberufshilfe, Bildungsträger, Beschäftigungsinitiativen, Qualifizierungseinrichtungen sowie die Kammern, Verwaltung, die Agentur für Arbeit Mainz, das Mainzer Job-Center für Arbeitsmarkt-Integration und die Politik vertreten. Es wird koordiniert von der Stadt Mainz.

#### **Handlungsbedarf**

Mit dem Projekt "Jobfux" setzt das Forum Pro Ausbildung ab dem Jahr 2000 am Übergang von Schule und Berufsleben an. Das Projekt wurde ins Leben gerufen, da mehrere Studien zur Ausbildungssituation dringenden Handlungsbedarf bei Abgängern im Hauptschulbereich ohne oder mit schwachem Schulabschluss im Übergang von der Schule in Ausbildung und Beruf belegten. Jobfux setzt auf die enge Zusammenarbeit zwischen drei Mainzer Hauptschulen, der Jugendhilfe, der Wirtschaft und der Arbeitsverwaltung.

#### **Professionelle Begleitung**

Die Jugendlichen frühzeitig zu einer Berufsorientierung zu motivieren, Weichen zu stellen - auch in den Köpfen- und die Jugendlichen auf dem nicht einfachen Weg in die Arbeitswelt partnerschaftlich zu begleiten, das ist die Aufgabe der Jobfüxe. Die Jobfüxe arbeiten vor Ort an drei Mainzer Hauptschulen mit jeweils einer vollen Stelle. Die ausgebildeten Sozialpädagogen und

Psychologen - mit eigenem Büros in den Schulen - gehen in enger Abstimmung mit den verantwortlichen Lehrern an den Schulen ab der achten Klasse auf die Schüler zu, mit dem Ziel, sie frühzeitig mit ihrer eigenen Berufswahlentscheidung zu konfrontieren. Die Jobfüxe helfen Jugendlichen, ihre Fähigkeiten zu erkennen, eigene Zukunftsperspektiven zu entwickeln und aktiv zu verfolgen, um damit die Ausbildungs- und Beschäftigungschancen der Jugendlichen und deren berufliche und persönliche Entwicklungschancen zu stärken. Durch die Kooperation mit über 100 Betrieben in Mainz und Umgebung bietet sich für die jungen Projektteilnehmer die Möglichkeit, betriebliche Praktika zu absolvieren und bei Eignung einen Ausbildungsplatz zu bekommen.

So zeigen Schülerinnen und Schüler aus den Abgangsklassen weit größeres Interesse für berufsbezogene Themen als vor Beginn des Projektes. Die Zahl der absolvierten Betriebspraktika – einer der elementaren Schlüssel zum erfolgreichen Einstieg in das Berufsleben – liegt höher als bei Schülern aus Vergleichsgruppen.

#### **Erfolg**

Die Ergebnisse der vergangenen Jahre belegen die erfolgreiche Arbeit. Der niedrigschwellige Ansatz als normales, alltägliches Angebot innerhalb der Schule ist in höchstem Maße akzeptiert. Mit Hilfe des Projektes Jobfux schafft die überwiegende Zahl der Schulabgänger an den drei betreuten Mainzer Hauptschulen den Sprung in die betriebliche Ausbildung. Zugleich beinhaltet das Konzept Jobfux auch die Nachbetreuung der Schulabgänger.

#### **Preiswerte Vorsorge**

Die Jobfüxe leisten nicht nur eine erfolgreiche und – angesichts der Situation am Ausbildungsmarkt – besonders wichtige Arbeit, sie leisten diese auch vergleichsweise kostengünstig. Nachprüfbarer Beleg ist die begleitende Analyse des "Instituts für Sozialforschung Mainz" (ism), das für 2001 zum Beispiel bei einem jährlichen Finanzvolumen von rund 160.000 Euro bei den 90 Abgängern an den drei Schulen eine Pro-Kopf-Förderung von 1800 Euro errechnet hat. Die überzeugenden Zahlen der Bilanz belegen, dass das Engagement für diese – zum Teil benachteiligten – Jugendlichen im Sinne eines vorsorgenden und aktivierenden Sozialstaats sinnvoll ist.

Michael Ebling, Dezernent für Soziales, Jugend, Gesundheit und Wohnen der Stadt Mainz  
[www.jobfux-mainz.de](http://www.jobfux-mainz.de)

## **Anschnallen und Abheben! Ehe – ein Zukunftsmodell**

**Ein Symposium der Deutschen  
Bischofskonferenz und des ZdK**

*Die Deutsche Bischofskonferenz und das Zentralkomitee der deutschen Katholiken (ZdK) veranstalteten am 6./7. April 2006 ein interdisziplinäres wissenschaftliches Symposium zum Thema "Anschnallen und Abheben! Ehe – ein Zukunftsmodell". Das Symposium fand statt im Rahmen der Initiative "Hier beginnt die Zukunft: Ehe und Familie" und ist Nachfolgeveranstaltung der Erklärung "Partnerschaft und Elternschaft" des ZdK. Tagungsort war das Konferenzcenter des Flughafens Köln/Bonn – ein Ort, der auf die Herausforderungen verweist, denen Partnerschaften und Ehen unter den Bedingungen von Mobilität und Flexibilität heute unterliegen. Ziel des Symposiums war es, den Wert der Ehe für die Gesellschaft und den hieraus resultierenden Schutzauftrag des Staates für die Ehe herauszustellen sowie die Aktualität und Attraktivität dieser Lebensform zu betonen. Der interdisziplinäre Dialog wurde in Anwesenheit von Kardinal Sterzinsky, Vorsitzender der Kommission Ehe und Familie der Deutschen Bischofskonferenz, und Prof. Dr. Hans Joachim Meyer, Präsident des ZdK, in drei Themenbereichen geführt.*

Kardinal Sterzinsky ging in seiner Begrüßung auf die Ehe als eine Institution ein, die durch klare Strukturen und gemeinsame Ausrichtungen auf Lebensziele zu einer positiven Entfaltung der personalen Beziehung und darin nicht zuletzt auch der Personen selbst beitrage. Prof. Meyer betonte, die Ehe ermögliche eine gemeinsame, gleichberechtigte Lebensplanung und -führung. Sie umfasse sowohl die Chance für Mütter, berufstätig zu sein als auch die Chance für Männer, sich der Familie zu widmen. Die Ehe stelle eine Alternative zu Egoismus, Bindungslosigkeit, Unzuverlässigkeit und Opportunismus dar.

### **Keimzelle humaner Gesellschaft**

Im Themenbereich "Ethische Grundlagen" stellte Prof. Dr. Andreas Lob-Hüdepohl, Professor für Moraltheologie und Rektor der Katholischen

Hochschule für Sozialwesen Berlin, heraus, dass die Sinngehalte einer christlich gelebten Ehe angesichts der Herausforderungen der modernen Lebenswelten nach wie vor ein beachtliches Orientierungspotenzial besäßen. Die christlich gelebte Ehe, die vom Kerngedanken personaler Liebe ausgehe, sprengte einengende Privatisierung und Intimisierung sich selbst genügender Ehepartner. Es gehe der christlich gelebten Ehe nicht um eine Abschottung des ehelichen "Wir gegen Andere", vielmehr weise die personale Liebe immer über die konkrete eheliche Gemeinschaft hinaus. Darin dokumentiere eheliche Liebe das Umfassende und Universale christlicher Liebe. Die personale Liebe einer Ehe werde zur Keimzelle einer humanen Gesellschaft. Zum ehelichen Lebensstil gehören laut Prof. Lob-Hüdepohl bindungsreiche Freiheit, ernsthafte Gelassenheit und Wertschätzung des Imperfekten, das das Menschliche des Menschen auch in der Ehe wahre.

### **Gemeinwohlfördernd**

Frau Prof. Dr. Ursula Nothelle-Wildfeuer, Professorin für Sozialethik an der Albert-Ludwigs-Universität Freiburg, ging auf die sozialetische Perspektive ein. In Anbetracht der die Gegenwart beherrschenden Individualisierungs- und Enttraditionalisierungsprozesse und einer Arbeitsgesellschaft mit höchsten Anforderungen an zeitliche, räumliche und emotionale Mobilität und Flexibilität der Menschen werde die Ehe oftmals als überforderte und überholte Institution gesehen. Das Grundgesetz aber stelle Ehe und Familie unter den "besonderen Schutz der staatlichen Ordnung" aufgrund der einmaligen Leistungen, die Menschen in diesen Rechtsinstituten für den Staat und die Gesellschaft erbrächten. So habe die Ehe eine humanitätsfördernde Funktion mit Blick auf die Erziehung und Sozialisation der Kinder. Eine weitere Funktion der Ehe liege in ihrer Freiheitsstiftung: Die Ehe entlaste von der immer wieder neu zu treffenden Entscheidung für den Partner. Die gemeinwohlfördernde Funktion der Ehe zeige sich in der Öffnung der Ehe hin zur Familie und zur Gesellschaft. Diese drei Funktionen der Ehe müssten wieder erkannt werden. Der Schutz der Ehe müsse auch ökonomisch durch Beibehaltung des Ehegattensplittings zum Ausdruck kommen.

### **Standortanalyse**

Den zweiten Themenbereich bildete der "Sozialwissenschaftlich-empirische Befund". Frau Prof.

Dr. Gudrun Cyprian, Professorin für Soziologie am Fachbereich Soziale Arbeit der Otto-Friedrich-Universität Bamberg, verwies auf Studien, denen zufolge das Heiratsalter steige, die Zahl der Eheschließungen sinke, die Scheidungsrate zunehme, die Geburtenrate hingegen abnehme. Diese Entwicklungen sind laut Prof. Cyprian globale Begleiterscheinungen einer modernen Gesellschaft, nicht aber Zeichen eines sich verbreitenden Egoismus'. Die Ehe verliere als Institution an Bedeutung, da heute die Liebe allein als Voraussetzung für eine Eheschließung nicht mehr ausreiche. Die Eheschließung werde zunehmend als rechtlicher und symbolischer Formwechsel einer bereits bestehenden Partnerschaft erlebt, für den immer stärker der Kinderwunsch eine Motivation darstelle. Da für die meisten Singles das Alleinleben nur eine Übergangslösung sei und da die Ehe zentrale Bedürfnisse der Menschen erfülle, würden sie auch in Zukunft heiraten, erwartete Frau Prof. Cyprian.

### **Stabile Partnerschaft**

Herr Dr. Christoph Braß, Leiter des Planungsreferates im Staatsministerium Baden-Württemberg, stellte die vom Land Baden-Württemberg in Auftrag gegebene Allensbach-Studie "Einflussfaktoren auf die Geburtenrate" aus dem Jahre 2004 vor. Ein überaus wichtiger Einflussfaktor für die Entscheidung, Kinder zu haben, stelle nach dieser Studie eine stabile Partnerschaft dar. Diesbezüglich könne die Ehe als eine institutionalisierte Form angestrebter Sicherheit begriffen werden. Das Zeitfenster für die Realisierung eines Kinderwunsches sei aber wegen der langen Ausbildungszeiten sehr eng. Dr. Braß sprach von einer "kindererwöhnten Gesellschaft", in der die Erfahrungsräume mit Kindern abnähmen. Eine zurückhaltendere Einstellung bzgl. der Forderung nach Mobilität und Flexibilität sei, so Dr. Braß, angebracht. Familienförderung gehe mit Eheförderung einher.

### **Eigenständige Sicherung der Frauen**

Im dritten Themenbereich "Ökonomische und rechtliche Aspekte" stellte Frau Prof. Dr. Notburga Ott, Professorin für Volkswirtschaft und Prorektorin der Ruhr-Universität Bochum, mit Blick auf die Ehe den Zusammenhang dar zwischen einem langfristigen Vertrag und der dann großen Bereitschaft, Investitionen vorzunehmen.

Der Geschlechtervertrag in der modernen Gesellschaft enthalte eine Spezialisierung von Arbeit außer Haus und Familienarbeit. Derjenige Partner, der der Arbeit außer Haus nachgehe, erwerbe marktspezifisches Humanvermögen mit guter Verwertungsmöglichkeit; der andere Partner, der die Familienarbeit übernehme, erwerbe haushaltsspezifisches Humanvermögen, das allerdings nur eingeschränkt verwertet werden könne. Hierdurch entstehe eine Asymmetrie im Geschlechterverhältnis, deren Kosten für die Frauen nach wie vor höher seien. Deswegen forderte Frau Prof. Ott bessere Rahmenbedingungen für eine symmetrische Ausgestaltung der Paarbeziehung, eine eigenständige soziale Sicherung der Frauen und den Abbau von Anreizen für spezialisierte Aufgabenverteilungen zwischen Mann und Frau.

### **Rechtlich Stabilisieren**

Herr Prof. Dr. Heinz Holzhauer, Professor em. für Bürgerliches Recht und Rechtsgeschichte, Westfälische Wilhelms-Universität Münster, ging auf die rechtlichen Aspekte der Ehe ein. Die Ehe als älteste Vertragsform hätte ihre Bedeutung lange Zeit mitunter durch die Zuordnungsfunktion der Kinder zum Vater erhalten. Aus dem Aufkommen von alternativen Lebensformen resultiere eine äußere Schwächung der Ehe. Jedoch seien weder die nichteheliche Lebensgemeinschaft noch die eingetragene Lebenspartnerschaft gleichgeschlechtlich lebender Menschen vom Verfassungsbegriff erfasst. Zu Beginn des deutschen Familienrechts seien wirtschaftliche Faktoren wie beispielsweise die Heiratsgaben für die Eheschließung entscheidend gewesen. Erst das Kirchenrecht habe der Institution Ehe das christliche personale Element hinzugefügt. Prof. Holzhauer forderte, stabilisierende Faktoren für die Ehe im Bürgerlichen Recht aufrechtzuerhalten. In diesem Zusammenhang müsse die Abkehr vom Verschuldens- zum Zerrüttungsprinzip bei der Ehescheidung hinterfragt werden. Prof. Dr. Hans Joachim Meyer plädierte in seinem Schlusswort für ein die Ehe förderndes Umfeld. Rahmenbedingungen für neue Leitbilder müssten geschaffen werden sowie ein neues, lebensnahes Männerideal.

*Vera Wassermann, Referentin für Familie und Umwelt und Technik im Generalsekretariat des ZdK*

## Religiöse Überzeugungen und Pressefreiheit achten

Zu einer Diskussion im Hauptausschuss des ZdK

*Am 30. September 2005 veröffentlichte die dänische Zeitung "Jyllands-Posten" unter dem Titel "Muhammeds ansigt" ("Mohammeds Gesicht") zwölf Karikaturen, die zum Teil den Religionsstifter Mohammed auf satirische Weise darstellten und zu Protesten von Muslimen zunächst in Dänemark und dann weltweit führten. Diese Proteste eskalierten an manchen Orten zu gewalttätigen Übergriffen, bei denen auch Menschen getötet wurden.*

*Das Zentralkomitee der deutschen Katholiken hat im Jahr 1999 einen Gesprächskreis "Christen und Muslime" eingerichtet, der den Dialog gerade auch in schwierigen Situationen führen soll; die gemeinsame Basis soll hier genauso herausgearbeitet werden wie die notwendig bleibenden Unterschiede. Da der fortlaufende Dialog als das geeignete Instrument erscheint, auch Krisen im Zusammenleben der Religionen zu überwinden, hat der Hauptausschuss des Zentralkomitees der deutschen Katholiken bei seiner Sitzung am 17. März 2006 über die Situation nach dem "Karikaturenstreit" beraten und dazu zwei Vertreterinnen des Gesprächskreises "Christen und Muslime" beim ZdK eingeladen, die Vorsitzende Gabriele Erpenbeck, ZdK-Mitglied und Ausländerbeauftragte des Landes Niedersachsen, sowie Hamideh Mohagheghi, eines der profilierten muslimischen Mitglieder des Gesprächskreises.*

*Die wichtigsten Inhalte dieser Beratung sollen hier skizziert werden.*

Die Notwendigkeit der Fortführung des Dialogs wurde von allen Teilnehmern an der Diskussion betont und die Beratung im Hauptausschuss des ZdK unter Beteiligung einer Muslima als gute Möglichkeit begrüßt, dies auch nach außen deutlich zu machen. An den Karikaturen wurde als problematisch gewertet, dass diese pauschale Vorwürfe und Unterstellungen gegen die Muslime verbreiten. Auf der anderen Seite wurde ange-

mahnt, nicht die unzutreffende Vorstellung eines bildlosen Islam weiterzutransportieren, da es auch in der Presse arabischer Ländern durchaus scharfe Karikaturen gibt. Eine kritische Auseinandersetzung mit dem Islam, mit verschiedenen Strömungen im Islam oder mit konkreten muslimischen Personen wurde auch von muslimischer Seite in der Diskussion als durchaus wünschenswert und notwendig angesehen (dies gilt natürlich für alle Religionen), doch sollen dabei die religiösen Überzeugungen der Muslime geachtet werden.

### Ein politischer Konflikt

Der Konflikt um die Karikaturen wurde als politischer Konflikt gewertet, der sich religiöser Überzeugungen als Mittel bedient hat. Religion wurde hier von beiden Seiten für politische Zwecke instrumentalisiert. Meinungs- und Pressefreiheit, aber auch die freie Religionsausübung im Sinne des Grundgesetzes oder der Europäischen Menschenrechtskonvention werden in muslimisch geprägten Ländern oft nicht gewährt und selbst die Forderung danach mit strengen Sanktionen belegt. Dies macht deutlich, wie wichtig es ist, dass die westlichen Demokratien sich auch weiterhin nachhaltig für die Meinungs- und Pressefreiheit einsetzen. In der deutschen Öffentlichkeit wurde aber zu wenig beachtet, dass es auch viele friedliche Proteste gab und dass die überwältigende Mehrheit der Muslime in aller Welt sich an gewalttätigen Protestaktionen nicht beteiligt hat. Gewalttätige Übergriffe müssen immer scharf verurteilt werden, egal von wem sie ausgehen, da kein Konflikt, keine Auseinandersetzung mit der Meinung Andersdenkender sich auf diese Weise konstruktiv lösen lässt.

### Friedlicher Dialog

Muslime haben ein großes Interesse am friedlichen Dialog der Religionen und setzen auf das Mittel des Gesprächs, um den Frieden in Deutschland und in der Welt zu sichern. Sie sind dankbar für die vielen Initiativen des Dialogs, die von den christlichen Kirchen ausgehen (Gesprächskreis "Christen und Muslime" beim ZdK, Dialogprogramme auf den Deutschen Katholikentagen und Evangelischen Kirchentagen). Sie wollen keinen Kampf der Kulturen, sie wollen den Weg des Dialogs gemeinsam fortsetzen, ganz im Sinne von Papst Benedikt XVI., der bei seiner Begegnung mit Vertretern verschiedener muslimischer Gemeinschaften am 20. August 2005 in Köln den Dialog zwischen Christen und

Muslimen "eine vitale Notwendigkeit, von der zum großen Teil unsere Zukunft abhängt" nannte. Dankbar sollte zur Kenntnis genommen werden, dass sich besonders die Muslime in Deutschland für eine Deeskalation des Konflikts eingesetzt haben. Die religiösen Gefühle von Menschen aller Religionen sollten überall respektiert werden und niemand sollte den Versuch unternehmen, Konflikte gewaltsam lösen zu wollen.

### **Für Menschen- und Freiheitsrechte**

Es geht nicht um einen Kampf der Kulturen, sondern um die Durchsetzung der Menschen- und Freiheitsrechte. In diesen Fragen gibt es keinen Kompromiss. Viele Muslime haben sich auf diesen Weg begeben. Aber es ist ein langer Weg, wie auch die Menschen im Westen aus der eigenen Geschichte wissen. Die Meinungsfreiheit zu erkämpfen und zu verteidigen hat Jahrhunderte gebraucht. Unter dem Druck der politisch instrumentalisierten Straße zurückzuweichen wäre ein Aufgeben mühsam errungener Werte. Die Meinungsfreiheit, die den fairen, aber bisweilen auch harten Austausch von Argumenten einschließt, gilt es zu verteidigen. Die Meinungsfreiheit beweist dann ihre Stärke, wenn sie Kritik erträgt.

### **Öffentlichen Frieden schützen**

Gleichzeitig müssen Christen sich selber kritisch fragen: Was ist uns eigentlich noch heilig? Nehmen wir noch wahr, wenn religiöse Überzeugungen verächtlich gemacht und mutwillig verletzt werden? Noch weiter zugespitzt: Ein Nachdenken über das Heilige in der Gesellschaft – im strikten Sinn des alle Religion bewegenden Transzendenten – und seinen Wert scheint weiter zu führen als der Ruf nach schärferen Gesetzen.

Es sei daran erinnert, dass sich nach § 166 Absatz 1 StGB strafbar macht, wer öffentlich oder durch Verbreiten von Schriften den Inhalt des religiösen oder weltanschaulichen Bekenntnisses anderer in einer Weise beschimpft, die geeignet ist, den öffentlichen Frieden zu stören. § 166 Absatz 2 StGB erstreckt den Strafschutz auf die frie-

denstörende Beschimpfung von Kirchen, Religionsgesellschaften und Weltanschauungsvereinigungen sowie deren Einrichtungen und Gebäude. Die Gotteslästerung (die öffentliche beschimpfende Äußerung über Gott) ist nicht mehr strafbar. Es ist also nicht der Inhalt irgendeiner religiösen Überzeugung oder ein religiöses Gefühl gesetzlich geschützt, sondern allein der öffentliche Frieden.

### **Aktuelle Entwicklung**

Nach den Beratungen im Hauptausschuss haben sich neue Dinge ereignet, welche die Frage der Achtung religiöser Überzeugungen auch für Christen neu aufwerfen. Der Fernsehsender MTV hat die Fernsehserie "Popetown" angekündigt und dies in einer äußerst geschmacklosen und für viele Christen verletzenden Weise getan. Der Präsident des ZdK und auch die Deutsche Bischofskonferenz haben dagegen protestiert. Die Diskussionen um den Karikaturenstreit haben viele Christen neu sensibilisiert, dass es auch für Christen eine Grenze des Zumutbaren gibt, deren Überschreitung nicht einfach hingenommen werden kann. Bei aller Aufklärung und vielleicht auch Abstumpfung gegenüber herabwürdigenden Darstellungen, welche die eigne Religion betreffen, gibt es auch im Christentum heiligen Boden, auf dem nicht herumgetrampelt werden darf. Gegen bewusst beleidigende Darstellung von Glaubensinhalten (hier zeigt sich die Macht der Bilder, weil bildliche Darstellungen oft beleidigender empfunden werden als deren textliche Fassung) müssen sich Christen zur Wehr setzen und öffentlich protestieren; zumal solche Bilder selten glaubhaft die Freiheit der Kunst oder der Presse für sich in Anspruch nehmen können.

Eigentlich geht es darum, dass gläubige Juden, Christen und Muslime sich gemeinsam dafür einsetzen, dass Religion und religiöse Überzeugungen geachtet werden und gleichzeitig Meinungs- und Pressefreiheit als gesellschaftliche Errungenschaft und Wert gewahrt bleiben.

*Dr. Detlef Stäps, Rektor im ZdK*

## Startschuss zum 2. Ökumenischen Kirchentag

### Einladung der Ortskirchen

*Sieben Jahre nach dem ersten Ökumenischen Kirchentag in Berlin werden der Deutsche Evangelische Kirchentag (DEKT) und das Zentralkomitee der deutschen Katholiken (ZdK) im Jahr 2010 in München einen zweiten gemeinsamen Kirchentag durchführen. Auf einer Pressekonferenz am 10. März 2006 in München haben der Erzbischof von München und Freising, Kardinal Friedrich Wetter, und der Landesbischof der Evangelisch-Lutherischen Kirche in Bayern, Johannes Friedrich ihre Einladung an die Veranstalter ausgesprochen. Der zweite Ökumenische Kirchentag soll vom 12. bis 16. Mai 2010 in der bayerischen Hauptstadt zu Gast sein.*

Aus Anlass der gemeinsamen Pressekonferenz in München erklärten die Präsidiumsdelegationen von ZdK und DEKT:

"Der Deutsche Evangelische Kirchentag (DEKT) und das Zentralkomitee der deutschen Katholiken (ZdK) danken der Evangelisch-Lutherischen Kirche in Bayern und dem Erzbistum München und Freising, dass sie den 2. Ökumenischen Kirchentag im Jahr 2010 nach München einladen und dieses Ereignis als Gastgeber auf vielfältige Weise unterstützen.

Nach dem ersten Ökumenischen Kirchentag, den DEKT und ZdK 2003 in Berlin veranstaltet haben, wollen Christinnen und Christen verschiedener Konfessionen 2010 in München erneut gemeinsam ihren Glauben bekennen und ihre Verantwortung für die Zukunft von Kirche und Welt bezeugen. Auch der 2. Ökumenische Kirchentag soll ein herausragender Ort des Christlichen Zeugnisses in unserem Land sein und unserem Wunsch nach Einheit der Christen Ausdruck geben. Er soll vor Augen führen, dass Christen einen wirksamen Beitrag zur Gestaltung von Politik und Gesellschaft leisten und dass ihre Botschaft für alle, die nach Sinn und Orientierung in ihrem Leben suchen, eine glaubwürdige und verlässliche Hilfe ist.

Die beiden Laienorganisationen haben gemeinsam eine Arbeitsgruppe "Auf dem Weg zum Zweiten

Ökumenischen Kirchentag" eingesetzt, die unter dem Leitthema "Christsein in der Gesellschaft - Christsein für die Gesellschaft" ihre Arbeit vor kurzem bereits aufgenommen hat. Nach dem Katholikentag 2004 in Ulm und dem Evangelischen Kirchentag 2005 in Hannover verstehen DEKT und ZdK miteinander die Deutschen katholikentage 2006 in Saarbrücken und 2008 in Osnabrück ebenso wie die Deutschen Evangelischen Kirchentage 2007 in Köln und 2009 in Bremen als Schritte auf dem Weg zum 2. Ökumenischen Kirchentag.

Darüber hinaus haben die Präsidien der beiden Veranstalter ZdK und DEKT bestätigt, dass die für den Ökumenischen Kirchentag 2003 gefundenen Grundlagen der Zusammenarbeit sich bewährt haben und auch die Basis für die gemeinsame Planung des 2. Ökumenischen Kirchentages 2010 in München bilden sollen."

Die beiden Bischöfe, Wetter und Friedrich, unterstrichen bei der Pressekonferenz ausdrücklich die Gemeinsamkeiten der beiden Kirchen, die eine gute Grundlage für die Vorbereitungen des Großereignisses böten. So betonte der Münchener Erzbischof: "Die recht verstandene Ökumene muss ein Herzensanliegen der Kirche sein." Ausdrücklich berief sich Wetter auf Aussagen des Zweiten Vatikanischen Konzils und der Päpste Johannes Paul II. und Benedikt XVI. Diesem Anliegen dienen nach seiner Überzeugung auch die ökumenischen Kirchentage. Darüber hinaus hätten diese die besondere Aufgabe, sich über das gemeinsame Zeugnis der Christen in den Herausforderungen der Welt zu verständigen und die gemeinsamen christlichen Werte in die öffentliche Auseinandersetzung einzubringen.

Der bayerische Landesbischof Friedrich zeigte sich überzeugt, dass auf dem Ökumenischen Kirchentag in München auch über alle theologischen und ökumenischen Themen diskutiert werde. Er warnte allerdings davor, das Ereignis mit Erwartungen an das gemeinsame Abendmahl zu überfordern. In diesem Punkt sei er sich mit Kardinal Wetter einig. Das theologische Gespräch zwischen den Kirchen sei noch nicht so weit, dass eine solche Erwartung realistisch wäre.

Ausdrücklich betonten alle Beteiligten die herzliche Einladung an die kleineren Kirchen und christlichen Gemeinschaften, sich an der Vorbereitung und Durchführung des 2. Ökumenischen Kirchentages zu beteiligen.